

Neue Proteste gegen Rentenreform

Französische Regierung will Projekt ohne Abstimmung im Parlament durchsetzen

Frankreichs Regierung hat beschlossen, die geplante Rentenreform ohne Abstimmung in der Nationalversammlung durchzusetzen. Gewerkschaften und Opposition sind empört. Selbst reformbereite Gewerkschaften sind trotz neuer Zugeständnisse von Premierminister Édouard Philippe nicht zufrieden.

Philippe gab die Entscheidung nach einer Krisensitzung zur Coronavirus-Epidemie am Samstag bekannt. „Wir debattieren seit 13 Tagen. In 115 Stunden Debatte haben wir uns mit sieben von 65 Artikeln beschäftigt“, sagte er dem Fernsehsender TF1. „Die Debatte ist nicht dafür da, dass sie von einer ganz kleinen Minderheit monopolisiert wird“, rechtfertigte er die Entscheidung, auf Artikel 49.3 der französischen Verfassung zurückzugreifen. Er ermöglicht einer Regierung, einen Gesetzesentwurf ohne Votum im Parlament für angenommen zu erklären, sofern nicht innerhalb von 24 Stunden die Mehrheit für ein Misstrauensvotum gegen sie stimmt.

Misstrauensanträge

Sowohl die linke als auch die rechte Opposition reichten Misstrauensanträge gegen Philippe und dessen Regierungsmannschaft ein. Während sich Sozialisten, Kommunisten und La France insoumise dafür zusammaten, lieferten die konservativen Republikaner einen eigenen Antrag ab. Über beide Misstrauensanträge soll am heutigen Dienstagmittag entschieden werden. Die Debatten darüber könnten sich bis spät in den Abend hinziehen, heißt es in Paris. Allerdings gilt es als unwahrscheinlich, dass die Misstrauensanträge angenommen werden.



„Die Debatte ist nicht dafür da, dass sie von einer kleinen Minderheit monopolisiert wird.“

Édouard Philippe

den, da die Regierungspartei La République en marche über eine breite Mehrheit in der Nationalversammlung verfügt. François Ruffin, Abgeordneter von La France insoumise, hält den Misstrauensantrag für eine Farce. Er forderte die Auflösung der Nationalversammlung.

Die von Macron gewünschte Rentenreform sieht vor, die 42 verschiedenen Rentenkassen durch ein einheitliches Punktesystem zu ersetzen. Angesichts der wochenlangen Proteste hat die Regierung jedoch gegenüber mehreren Berufsgruppen Zugeständnisse gemacht. Philippe kündigte nun auch an, dass in dem Entwurf der Reform, der der zweiten

Parlamentskammer vorgelegt werden soll, rund 200 Änderungsanträge berücksichtigt sind. Er versicherte, dass die Debatte über die Rentenreform keineswegs beendet sei. Dennoch konnte Philippe mit der abgeänderten Version auch die reformbereiten Gewerkschaften nicht überzeugen. Die Regierung habe sich für Artikel 49.3 entschieden, aber nicht für die soziale Gerechtigkeit, kritisiert CFDT-Generalsekretär Laurent Berger. Der Gesetzesentwurf für die Rentenreform soll im April dem Senat vorgelegt werden, der zweiten Parlamentskammer. Die endgültige Verabschiedung des Projekts soll vor der Sommerpause erfolgen.

Euroland-Industrie berappelt sich

Einkaufsmanager: Schrumpfungprozess verlangsamt

Börsen-Zeitung, 3.3.2020
ks Frankfurt – Die Wachstumseinbußen in der Industrie der Eurozone sind im Februar noch ein klein wenig geringer ausgefallen als bislang gedacht, die Unternehmen drückten nur noch leicht auf die Bremse. Dies signalisiert der finale Einkaufsmanager Index (PMI), der gegenüber Januar saisonbereinigt um 1,3 Punkte auf 49,2 stieg und damit den höchsten Wert seit zwölf Monaten erreichte, wie das Umfrageinstitut IHS Markit mitteilt. Die Vorabschätzung wurde um 0,1 Punkte übertroffen. Der endgültige Wert für Januar hatte noch bei recht schwachen 47,9 Zählern gelegen. Werte unter 50 Punkten zeigen ein Schrumpfen, Werte darüber ein Wachsen des betreffenden Wirtschaftsbereichs an. Inzwischen hat der Industrie-PMI für den Euroraum den besten Wert seit zwölf Monaten erreicht.

Die Talfahrt des Industriesektors verlangsamt sich, wie IHS-Markit-Chefökonom Chris Williamson unter Verweis auf die Februar-Umfragedaten herausstrich, „trotz verbreiteter Berichte der Firmen, dass der Ausbruch des Coronavirus zu Lieferunterbrechungen geführt und den Exporten geschadet hat, wodurch sich wiederum die Lieferzeiten beträchtlich verlängerten und die Exportorderverluste vergrößerten“.

Der Produktionsrückgang fiel den weiteren Angaben zufolge so schwach aus wie seit knapp einem Jahr nicht mehr, und der Auftrags-eingang wies trotz rückläufiger Exporte das niedrigste Minus seit 15 Monaten aus. Stützend wirkte hier die anziehende Binnen- und Konsumnachfrage. Entwarnung wollte Williamson dennoch nicht geben. Vielmehr bestehe die Sorge, dass die Coronavirus-bedingten Lieferverzögerungen in den nächsten Monaten die Produktion bremsen könnten, womit sich die ohnehin seit über einem Jahr andauernde Rezession weiter verlängern würde.

Die meisten Länder-PMIs legten im Februar den endgültigen Angaben zufolge zu, der französische Index sank hingegen auf ein Siebenmonats-tief, und auch in Italien beschleunigte sich die Talfahrt leicht. Im Gegensatz dazu legte das Wachstum in Griechenland zu und fiel stark aus, und auch in den Niederlanden ging es solide bergauf. Einen mäßigen Zuwachs vermeldete Irland, und in Österreich und Spanien kam es nur zu einem Miniwachstum. Der wirtschaftlich bedeutende Industriesektor Deutschlands schrumpfte im Februar zwar ein weiteres Mal, hier kletterte der PMI jedoch auf den höchsten Wert seit über einem Jahr: auf 48,0 Punkte von 45,3 im Januar.

Die Sorgen der Demokraten vor dem „Super Tuesday“

Wer fordert Donald Trump heraus? Im amerikanischen Vorwahlkampf könnte eine Vorentscheidung zwischen den drei Favoriten fallen

Von Peter De Thier, Washington

Börsen-Zeitung, 3.3.2020
Es ist der traditionelle Höhepunkt des amerikanischen Vorwahlkampfes: Am „Super Tuesday“ werden Millionen Wähler in 14 der 50 US-Staaten über den weiteren Verlauf eines Wahlkampfes entscheiden, der in den kommenden Monaten zum bittersten politischen Duell in der US-Geschichte ausarten könnte – zwischen dem amtierenden US-Präsidenten Donald Trump und jenem Kandidaten, den die Demokraten ins Rennen schicken. Wird es der bisher favorisierte, selbst ernannte „demokratische Sozialist“ Bernie Sanders? Oder hat die tot geglaubte Kampagne Joe Bidens nach dem Sieg bei den Vorwahlen in South Carolina genug Schwung, um den früheren Vizepräsidenten nach vorn zu katapultieren?

Während bei den Republikanern die Abstimmungen reine Formsache sind und Trump als Kandidat faktisch längst feststeht, ist der Ausgang des internen Machtkampfs bei den Demokraten so offen wie selten. Das bringt die Oppositionspartei in ein heikles Dilemma: Die Stimmen des linksgerichteten Flügels und vor allem der immer wichtigeren jungen Wähler gelten in erster Linie San-



Bernie Sanders

ders. Er fordert eine staatliche Krankenversicherung für alle Bürger und will 16 Bill. Dollar für Infrastrukturinvestitionen ausgeben. Auch will er Steuern um 23 Bill. Dollar erhöhen und staatliche Regulierung dahingehend vorantreiben, dass systemrelevante Großbanken ebenso wie marktbeherrschende Internetkonzerne aufgespalten werden. Demokraten haben die durchaus begründete Sorge, dass ein so linker Kandidat gegen Trump chancenlos sein könnte.

Behagen würde den Etablierten in der Partei vielmehr ein moderater Kandidat wie Biden oder Michael



Joe Biden

Bloomberg, die beide imstande wären, Wechselwähler und unentschlossene Republikaner zu gewinnen. Beide haben angekündigt, Steuern für Wohlhabende zu erhöhen, um die immer größere Kluft zwischen Arm und Reich abzubauen. Sie plädieren ebenfalls dafür, in die Infrastruktur sowie in Sozialprogramme zu investieren, dies allerdings in einem finanzierbaren Umfang. Auch mahnen sie, die ausufernden Staatsschulden im Auge zu behalten. Für die Förderung erneuerbarer Energien und die Bekämpfung des Klimawandels haben sich alle drei ausgesprochen.



Michael Bloomberg

Die Strategien der Kandidaten sind klar: Sanders setzt vor allem auf den „großen Preis“ Kalifornien. Mit einem klaren Sieg im größten US-Bundesstaat könnte er so gut wie uneinholbar sein. Biden hofft, nach seinem Sieg in South Carolina vor allem in Südstaaten an der Spitze mitmischen zu können. Hier ist der Anteil afroamerikanischer Wähler hoch. Bloomberg setzt hingegen darauf, mit seiner 500 Mill. Dollar teuren Werbekampagne, die in mehreren Staaten Wirkung zeigt, fast überall Delegierte zu verbuchen.

Damit könnte das Schreckensszenario der Demokraten in greifbare

Nähe rücken, dass kein Kandidat bis zum Parteikonvent Mitte Juli über die notwendige Mehrheit an Delegierten verfügen wird. Erreicht beim ersten Wahlgang keiner die einfache Mehrheit von 1991 Stimmen, dann würden 771 sogenannte Superdelegierte zum Zuge kommen, die nicht an den Wählerauftrag gebunden sind und frei entscheiden dürfen, wem sie ihre Stimme schenken.

„Verfall der Demokratie“

So verworren das Verfahren sein mag, geht es am Dienstag um mehr als die Bewerbung für das höchste Amt im Lande. Gemäßigte Vertreter der Partei befürchten, dass der favorisierte Sanders eine Vorentscheidung herbeiführen könnte. Sie haben die Sorge, dass dies nicht nur vier weitere Jahre unter Trump garantieren würde. Vielmehr könnten Republikaner auch das Repräsentantenhaus zurückerobern, womit der Präsident durchregieren und umso stärker über die Besetzung wichtiger Richterposten entscheiden könnte. „Dann bräuchten wir nicht mehr über den Verfall der weltgrößten Demokratie zu sprechen, dann wäre dieser perfekt“, sagt der demokratische Wahlkampfberater James Carville.

Zwist über Schuldenbremse

Auch die Wissenschaft ist uneins über die Finanzierung von Investitionen

Börsen-Zeitung, 3.3.2020
wf Berlin – Die Schuldenbremse spaltet nicht nur die Politik, sondern auch die Wissenschaft. Dies wurde am Montag im Haushaltsausschuss des Bundestags deutlich, der Ökonomen zu einer möglichen Aufweichung des im Grundgesetz verankerten Limits für die staatliche Neuverschuldung öffentlich anhörte. Für die Fraktionen der Linken und der Grünen steht die Schuldenbremse nötigen Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz im Wege. Sie fordern deshalb in verschiedenen Anträgen für den Bundestag, die Bremse durch eine gelockerte Neuregelung zu ersetzen. Die FDP spricht sich in einem eigenen Antrag indessen gegen eine Aufweichung der Schuldenbremse aus, aber gleichwohl für zielgerichtete Investitionen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, „keine zusätzlichen konsumtiven Ausgaben anzustößeln“.

Im Bundesfinanzministerium arbeitet nach Informationen des „Handelsblatts“, das keine Quellen nennt, Chefvolkswirt Jakob von Weizsäcker an einem Konzept, um die Schuldenbremse zu umschiffen. Dies soll die Auflage eines milliardenschweren Investitionspro-

gramms ermöglichen. Das „Handelsblatt“ spekuliert, Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) wolle damit seine Aussicht verbessern, als Kanzlerkandidat der SPD zu reüssieren. Die neue SPD-Partei führt hat Infrastrukturinvestitionen groß auf ihre Fahne geschrieben.

Steuererhöhung im Visier

„Investitionen können auch dann gut sein, wenn sie nicht durch Verschuldung finanziert werden“, fuhr Thies Büttner in der Anhörung denjenigen in die Parade, die öffentliche Investitionen zwingend mit mehr Verschuldung in Verbindung bringen. Büttner lehrt in Erlangen-Nürnberg Finanzwissenschaft und ist seit 2015 Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium. 2019 lag der gesamtstaatliche Überschuss in Deutschland bei rund 50 Mrd. Euro.

Peter Bofinger von der Universität Würzburg sprach sich für ein zehnjähriges, kreditfinanziertes Zukunftsprogramm aus und für eine Regel, die eine Neuverschuldungsquote von 1% bis 1,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zulässt, sofern der Schuldenstand 60% des BIP

nicht überschreite. Derzeit erlaubt die Schuldenbremse nur dem Bund ein konjunkturbereinigtes Defizit von 0,35% des BIP. Dies entspricht derzeit etwas mehr als 10 Mrd. Euro.

Tom Krebs von der Universität Mannheim hält in den kommenden zehn Jahren öffentliche Investitionen von 300 Mrd. Euro für erforderlich – teils für Ersatzinvestitionen, teils für zukunftsgerichtete Ausgaben wie Bildung. Die jährlichen Investitionen des Bundes liegen aktuell bei rund 40 Mrd. Euro. Krebs, der im Bundesfinanzministerium von Weizsäcker derzeit beratend zur Seite steht, riet zudem zu Steuererhöhungen auf Erbschaften und Vermögen. Für den Bundesrechnungshof sprach sich Dirk Hugo strikt gegen eine Lockerung der Schuldenbremse aus. Auch eine Lösung für die Altschulden der Kommunen sei nicht Sache des Bundes, sondern der Länder, mahnte Hugo. Scholz hatte angeboten, Teile davon zu schultern. Der Wirtschaftsweisen Volker Wieland wertete die Schuldenbremse und die schwarze Null als Grund für die Abkehr von der Schuldenpolitik. Die Konjunkturbereinigung lasse genügend Spielraum für Ausnahmen in einer tiefen Rezession.

Britische Industrie wird optimistischer

Börsen-Zeitung, 3.3.2020

hip London – In der britischen Industrie hat sich die Stimmung im Februar trotz der sich weiter ausbreitenden Covid-19-Epidemie deutlich verbessert. Es habe jedoch Verwerfungen in den Beschaffungsketten der Unternehmen gegeben. Der Markt/CIPS-Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe stieg von 50,0 auf 51,7 Zähler. Eine Blitzumfrage hatte zuvor allerdings auf einen Anstieg auf 51,9 hingedeutet. Der Index notiert damit erstmals in zehn Monaten wieder oberhalb von 50 – der kritischen Schwelle, deren Unterschreiten auf einen Abschwung hindeutet.

„Zumindest stagniert die Wirtschaft nicht mehr“, sagte Sohail Singal, Associate Director beim Risikoberater Chatham Financial. Ob dieser Trend anhalten werde, sei mit Blick auf Covid-19 allerdings ungewiss. Die Epidemie habe zu einer wesentlichen Verlängerung der Lieferzeiten von Zulieferern, der Verknappung von Rohstoffen, verringerten Lagerbeständen, höheren Inputkosten und niedrigeren Exportaufträgen aus Asien – insbesondere der Volksrepublik China – geführt, sagte Rob Dobson, der beim Marktforscher IHS Markit für die Erhebung verantwortlich zeichnet.

KFW

EUR 50.000.000,-

Fest- und variabel verzinsliche Schuldverschreibungen mit Zinswandelrecht

fällig am 1. September 2025

- WKN A0E820 - ISIN DE000A0E8203 -

Gemäß den Anleihebedingungen geben wir bekannt, dass der Zinssatz für die Zeit vom 1. März 2020 bis zum 1. September 2020 auf 0,00% p.a. festgesetzt wurde.

Frankfurt am Main, im März 2020

KFW

Bekanntmachung gemäß § 316 Abs. 5, § 268 Abs. 2 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)

Bereithaltung eines Nachtrages 03 der HMW Emissionshaus AG, insoweit handelnd als Prospektverantwortliche und als hierfür von der Kapitalverwaltungsgesellschaft (MIG Verwaltungs AG) beauftragtes Unternehmen nach § 316 Abs. 5, § 268 Abs. 2 KAGB vom 28.02.2020 zum bereits veröffentlichten vollständigen Verkaufsprospekt vom 16.05.2019 betreffend das Investmentvermögen MIG GmbH & Co. Fonds 16 geschlossene Investment-KG. Der gemäß § 316 Abs. 5, § 268 Abs. 2 KAGB erstellte Nachtrag 03 wird zusammen mit dem vollständigen Verkaufsprospekt bei der MIG GmbH & Co. Fonds 16 geschlossene Investment-KG, Münchener Straße 52, D-82049 Pullach, zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten. Der Nachtrag 03 ist zudem im Internet unter www.mig-fonds.de veröffentlicht. Die Informationen liegen in deutscher Sprache vor.
Pullach, den 03.03.2020 HMW Emissionshaus AG